

## **Beschluss der Personalversammlung vom 30.9.08**

### **Die Schulreform vom Kopf auf die Füße stellen!**

Die Bremer Schulen stehen in den nächsten Jahren vor riesigen Aufgaben der sozialen Integration. Jedes fünfte Kind ist von Armut betroffen. Jedes zweite Kind, das eingeschult wird, hat einen Migrationshintergrund. Angesichts dieser Herausforderung geht es darum, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren:

#### **Die Personalversammlung stellt fest:**

Die Koalitionsvereinbarung der neuen Landesregierung sah vor, durch verstärkte Förderung sozial benachteiligter Stadtteile und durch ein längeres gemeinsames Lernen die Situation an den Bremer Schulen schrittweise zu verbessern. Eine solche Verbesserung ist jedoch bisher nicht eingetreten.

- Der leichte Rückgang der SchülerInnenzahl in der Grundschule wurde nicht zur Verbesserung der Lehrerversorgung genutzt. Es wurden 55 Stellen abgezogen.
- Die Zahl der SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den 5. und 6. Klassen ist gestiegen.
- Die Klassenfrequenzen in der Sekundarstufe I sind generell zu hoch (bis zu 33 in den Gymnasien, bis zu 25 in der Sekundarschule und in der Gesamtschule).
- Der gymnasialen Oberstufe steht ein doppelter Abitursjahrgang bevor, der ebenfalls zu einer höheren Belastung der Lehrkräfte führen wird.
- Die zu geringe Ausstattung der Ganztagschulen – insbesondere mit pädagogischen MitarbeiterInnen und Lehrkräften – führt zu erhöhter Arbeitsbelastung.

#### **Die Personalversammlung ist besorgt:**

Mit der Wiedereinführung der Altersteilzeit für BeamtInnen und der Einberufung eines Fachausschusses „Schulentwicklung“ gab es zunächst konstruktive Signale für die Entlastung der Lehrkräfte und für die Schulreform. Jetzt verdichtet sich der Eindruck, dass die von der Senatorin für Bildung und ihrer Behörde vorbereiteten Maßnahmen das von der Großen Koalition hinterlassene schulpolitische Chaos nicht verringern sondern vergrößern. Gleichzeitig droht damit eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung bei der Umsetzung dieser Planungen.

Entgegen der bisherigen Zielsetzung – „Eine Schule für alle“ – setzten Senatorin und Bildungsbehörde mit den „Modellschulen“ ein falsches Signal. Es existiert eine Liste von Vorhaben (sogenannte Modellschulen), in denen nicht die Integration die wesentliche Rolle spielt, sondern die „Durchgängigkeit“ von der Sekundarstufe I zur gymnasialen Oberstufe. Die negativen Folgen solcher Strukturveränderungen wären insbesondere:

- In der Breite gibt es keine Verbesserung in der Primarstufe und im Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I.
- Im Gegenteil entstehen neben den „Leuchttürmen“ neue „Restschulen“. Die sozialen Gegensätze verschärfen sich. Verschärft wird auch die ohnehin kontraproduktive Konkurrenz zwischen den Schulen.
- Schulzentren der Sekundarstufe II werden mit großem Aufwand und negativem Effekt zerschlagen. Es entstehen ineffektive kleine gymnasiale Oberstufen und isolierte Berufsschulen.

Schon im Ansatz zeigt sich, dass der Weg zu einem „Zwei-Säulen-Modell“ eine Sackgasse ist.

#### **Die Personalversammlung fordert:**

- Kitas, Grundschulen und die unteren Klassen der Sekundarstufe I, insbesondere in den sozialen Brennpunkten, brauchen eine deutlich bessere Ausstattung. Pädago-

- gische MitarbeiterInnen müssen entsprechend ihrer Aufgaben bessere Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit zur weiteren Qualifizierung erhalten.
- Sprachförderung und interkulturelle Bildung sind massiv auszubauen. Die Förderung der Sprachkompetenz muss im Elementarbereich beginnen und bis Ende der Sekundarstufe II ein durchgängiges Prinzip sein.
  - Die sonderpädagogische Förderung muss in der anstehenden Schulentwicklungsdebatte stärker berücksichtigt werden, damit sich alle Schulen zu inklusiven Systemen entwickeln können.
  - Die bestehenden Ganztagschulen müssen besser ausgestattet werden. Neue Ganztagschulen kann es nur mit zusätzlichen Ressourcen geben.
  - In der Sekundarstufe I ist der Schwerpunkt auf Integration zu setzen und durch zusätzliche Ressourcen zu unterstützen.
  - Die Sekundarstufe II darf nicht mit arbeitsaufwändiger und ressourcenfressender Neuorganisation belastet werden. Sie ist vollauf damit ausgelastet, den doppelten Abitursjahrgang zu verkraften und eine moderne Berufsbildung zu gewährleisten.
  - Die Lehrkräfte müssen von bürokratischen Verpflichtungen entlastet werden, um sich auf ihre pädagogischen Aufgaben zu konzentrieren. Das Ergebnis der Einigungsstelle (zwei Präsenztage weniger und sechs Stellen für die Sekundarschule) kann hier erst der Anfang sein.

Diese Forderungen können am besten in einer Schule für alle realisiert werden!